

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Bfg.

Der Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreis für den Monat (mit Post 2 RM., halbjährlich 10 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Redaktion: / Geschäftsstelle: 2 / Geschäftsbesorgung: 17259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, / Uml. Schein: / Geschäftsbesorgung: Dresden-2, / Güterbahnhofstr. 2 / Fernschreib.: Uml. Dresden Nr. 17259 / Druckmaschinen: „Arbeiterstimme“, Dresden / Sprechstunden der Geschäftsleitung: Wochentags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabende)

2. Jahrgang Dresden, Montag den 22. März 1926 Nummer 68

Heraus zum gemeinsamen Kampf!

Gegen Erwerbslosigkeit und Kullidasein

Die unerbittliche Wirtschaftskrise, die das Elend der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen steigert, dauert unvermindert fort. Im Bericht der statistischen Landesämter zeigen Woche für Woche, daß von einem Rückgang der Millionenfiguren der Erwerbslosen und einer Besserung der Wirtschaftslage keine Rede sein kann. Unter der Parole der Rationalisierung der Betriebe gehen die Unternehmer jeden Tag zu neuen Massenkassationen über.

Mit aller Brutalität nähern die Unternehmer die Lage aus, schaden mit Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen und der planmäßige Angriff entsprechend dem Wirtschaftsprogramm der Industriellen auf Verlängerung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne fortgesetzt. Die Kündigung des Tarifvertrages durch die sachlichen Metallindustriellen kennzeichnet die Lage der Unternehmer. Die vor wenigen Tagen beschlossene Senkung der Löhne in den Betrieben zeigt keinen Zweifel darüber, daß auch die sachlichen Scharfmacher die Wirtschaftslage zu einer Senkung ihrer Betriebe auf Konto der Arbeiter zurechnen werden. Hier und deutlich haben ihre Synode angekündigt, daß es das Ziel der sachlichen Industriellen ist, die Spannung zwischen Arbeitslohn und Gewerkschaftsleistung zu vergrößern. Das bedeutet nicht nur die Übertragung an die Reichsregierung, keine Erhöhung der Löhne, sondern die Fortsetzung der Unterstützung der Arbeiter durch die Arbeiter.

Die Arbeiter sollen vom Hunger und von der Verwilderung geschützt werden, die im Lohnkampf leidenden Arbeiter ausgespart werden. Die Wünsche der Unternehmer werden vor dem Vorkommen der Arbeiter nicht berücksichtigt. Der deutsche Arbeitsminister hat erst am Freitag auf der in London stattfindenden Konferenz erklärt, daß er auf die Vorfälle des KPD, nicht.

Der deutsche Arbeitsminister hat nach Verhandlung mit den übrigen kapitalistischen Staaten die wenigen Bestimmungen des Weimarer Abkommens preisgegeben, die den deutschen

Arbeitern eine Entschärfung ihrer Lage hätten bringen können. Die Luther-Regierung glaubt, daß die deutschen Arbeiter in der Zeit dieser Krise nicht in der Lage sein werden, einen entschlossenen Kampf gegen diese Verschärfung des Wirtschaftskrisen zu führen. Der Reichsarbeitsminister hat nach vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß aller Voraussicht nach auf längere Zeit mit einer höheren Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Das ungeheure Elend soll also zum Dauerzustand in Deutschland werden. Kein Arbeiter, der heute noch im Betrieb steht, ist ungeschützt der fortschreitenden Krise vor dem traurigen Los der Arbeitslosen geschützt. Wollen die Arbeiter nicht die Leidtragenden sein, wollen sie nicht, daß auf ihre Kosten der Wiederaufbau der deutschen kapitalistischen Wirtschaft vollzogen und ihr Kullidasein zum Dauerzustand wird, dann müssen sie sich gemeinsam in einer gemeinsamen Abwehrfront. Trotz aller Sabotage ihrer reformistischen Führer der SPD, und der Gewerkschaften.

Erwerbslose und Arbeiter! Euer Los und euer Schicksal ist das gleiche, gemeinsam muß auch euer Kampf sein!

Morgen, Dienstag, marschieren im ganzen Reich die Erwerbslosen in gemutigen Kundgebungen auf. Gegen die Unternehmerschneise gilt es, die schärfste Abwehrfront der Erwerbslosen und aller Arbeitenden zu schaffen.

Formum ist Solidarität aller Klassenbewußten Arbeiter mit den Erwerbslosen dringende Notwendigkeit. Morgen müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen beim

Reichs-Erwerbslosentag

gemeinsam in massenhaften Demonstrationen aufmarschieren:

Gegen die Unternehmerschneise und die kapitalistische Rationalisierung — für die Wiedereinstellung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess — für ausreichende Unterstützungen — für den Achtundentag — gegen die Unternehmerschneise Luther!

Massenarbeitslosigkeit und Gewerkschaften

Ein Wort zum Erwerbslosentag am 23. März.

V. Kr. Als noch vor weniger als einem Jahr die Kommunistische Partei das Wesen der damals schon bemerkbar machenden angeblichen „Gewundungskrise“ charakterisierte und immer wieder die völlige Arbeitslosigkeit betonte, mit Hilfe des Dawesplanes die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen, da erweist sie für ihre Hoffnungen nur Hohn und Spott von allen Seiten. Die sogenannte Rationalisierung befand sich in ihrer ersten Phase. Die Arbeiter, die Anleihen aus dem Land der Dollarzone begannen zu fliehen und die deutsche Bourgeoisie hatte sich von dem Schrecken von 1923 bereits wieder erholt, daß sie durch die Einführung der Kampfpläne ihre imperialistischen Reigungen offen kundtat.

In weniger als Jahresfrist hat sich das Bild gründlich geändert. Wohl versucht die Regierung noch, durch ihr bekanntes Finanzprogramm Silberstreifen an den Horizont zu zaubern; sie kann aber trotzdem nicht leugnen, daß sie in Deutschland bisher nichts Radikalisiert hat als Elend, Hunger und Massenarbeitslosigkeit. Hatte schon der Reichsarbeitsminister Dr. Braun vor einigen Wochen anlässlich der Beratung der Erwerbslosenunterstützung im Reichstag seine Befürchtung ausgesprochen, daß mit einer Millionenarbeitslosigkeit für die nächsten Jahre zu rechnen sei, er gebrauchte dieses Argument nebenbei, um die Unzulässigkeit einer Unterstützungsverhöhung zu beweisen — so war auch die Programmrede des sozialparteilichen Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, die er am Freitag im Reichstag hielt, auf denselben tristen Ton gestimmt. Er erklärte wörtlich:

Angesichts des ungeheuren Umfangs der Arbeitslosigkeit ist es schwer, zu prophezeien, wie weit, und vor allem wie bald Wiederaufnahme und Auslösung der Arbeitermassen durch die umgestellte Wirtschaft erfolgen kann. Voraussichtlich werden wir auf längere Zeit mit einer höheren Arbeitslosenziffer als noch vor Jahresfrist rechnen müssen.“

Im Anschluß an diese Reueherung kündigte Minister Curtius „großzügige Siedlung und Verpflanzung aufs Land“ an. Seine Worte werden deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß nach amtlichen Angaben die Zahl der unterkürzten Arbeiter in den ersten vier Monaten 1925 zwischen 470 000 und 500 000 schwankte. Nicht man also noch die Zahl der damals schon Ausgeschiedenen und der Kurzarbeiter in Betracht, so ergibt sich klipp und klar, daß der Minister offen zugeben mußte, daß mit einer Millionenarbeitslosigkeit nicht nur auf Monate hinaus, sondern in den nächsten Jahren überhaupt zu rechnen ist.

Die handelspolitischen Ereignisse der letzten Monate bekräftigen diese Ansicht. Sie beweisen, daß es nicht nur, mit Hilfe kostspieliger Dollarkonkurrenz, auf Kosten von Hunderttausenden auf die Straße liegenden Arbeitern die Produktion umzustellen und zu „rationalisieren“. Der — man kann ihn nicht anders bezeichnen — Rationalisierungsschritt, die kapitalistische Rationalisierung des amerikanischen Beispiels, zeigt aufs schlagendste die völlige Not- und Arbeitslosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die nur an die Steigerung der Produktion, an die Ertragung von Mehrwert denkt und sich keine Gedanken darüber macht, ob sie die erzeugten Güter auch absetzen kann. Jetzt auf einmal merken die deutschen Kapitalisten, daß alle europäischen Staaten, der Hauptmarkt der deutschen Erzeugnisse, vor allen Dingen England, sich systematisch gegen Deutschland absperrten, da sie für ihre eigene Industrie nicht einmal genügende Absatzmärkte haben, die ihnen durch die Industrialisierung der Uferstaaten und durch den übermächtigen Dollar verloren gegangen sind.

So stehen die Dinge. Die Arbeitslosen, die am 23. März in ganz Deutschland auf die Straße gehen, müssen wissen, daß sie nicht nur für ihre Tagesforderungen, für die augenblickliche Erleichterung ihrer Lage zu demonstrieren haben. Gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse müssen sie, die die Opfer der chronischen, sich aus Jahre erstreckenden Krise sein sollen, fordern, daß seitens der zuständigen Organisationen der Arbeiterklasse die unbedingt nötigen Schritte unternommen werden, um einer Katastrophe für die deutsche Arbeiterklasse vorzubeugen. Bis jetzt ist der Ernst der Lage durch die sich an die zusammenbrechenden Dawes-Konventionen Kammernden Gewerkschaftsführer systematisch verheimlicht worden. Indessen hat schon vor einigen Wochen der Vorsitzende des größten deutschen freien Verbandes, Ditzmann, in einer Reichstagsrede ausgesprochen, daß von der europäischen Wirtschaftskrise vorausgesehen werden muß, daß sie nicht in einigen Monaten vorübergeht, sondern wohl Jahre dauern wird, und daß man wohl keineswegs der Meinung sein dürfte, daß durch die

Der Krach in der SPD.

Was neue Erklärung der 23 gegen die Landtagsauflösung — Der Parteivorstand für die Rechten

Der „Dresdner Anzeiger“ bringt heute eine Meldung der SPD über eine Fraktionslösung der SPD, die am Sonntag um 11,30 Uhr im Landtagsgebäude stattfand. Die 23 SPD-Mitglieder, die sich am Sonntag im Reichstag gegen die Auflösung des Landtages einbrachten, werden am Donnerstag auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt werden. Die Rechten erklären, daß sie sich von dem Parteivorstand getrennt haben und sich nicht an der Beratung des Landtages beteiligen werden. Die Rechten erklären, daß sie sich von dem Parteivorstand getrennt haben und sich nicht an der Beratung des Landtages beteiligen werden.

SPD-Arbeitern handelt gelang, daß nur dann, wenn sie außer Reich der Parlaments, aber auch über den Rahmen ihrer Partei hinaus die Massen gegen diesen Landtag mobilisieren, die Möglichkeit dieser Landtag zu dominieren, gegeben ist. Die Rechten werden sich um die Beschlüsse der Parteimitglieder nicht kümmern. So lange ihnen nicht der Boden unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern entzogen wird, machen sie, was sie wollen. Die einzige geordnete Kampforganisation für die gesamte Arbeiterklasse ist die Bildung von Einheitskomitees in den Betrieben, die einen Kampfbund der Arbeiter gegen die Rechten entstehen lassen. Durch die schwächende und schlappige Haltung der Rechten und die paar Reichstagsmitglieder, die sich noch auf dem Boden des Partei- und des Reichstages halten, erledigt man die Rechten und Rezipienten nicht.

Nach dem Verlauf der Tagung im Landtag ist die Lage für jeden Arbeiter klar. Einheitsfront im Betrieb gegen alle Feinde der Arbeiterklasse.

Klassenjustiz als Kampfmittel in der sächsischen SPD.

Das Demüt und Trüben in der sächsischen SPD, nimmt immer protestatere Formen an. Nach den Informationen der bürgerlichen Presse steht es fest, daß die 23 Rechten entgegen dem klaren Beschlüssen des Landesparteitages auf einen nach dem Osterferien Mitte April geplanten Antrag auf Auflösung des Landtages gemeinsam mit den bürgerlichen niederkommen werden. Als neueste Weisung überzogenen sie alle Stellen werden. Als neueste Weisung überzogenen sie alle Stellen werden. Als neueste Weisung überzogenen sie alle Stellen werden.

Bei den am kommenden 21. Rechten wurde diese Forderung der SPD nicht abgelehnt. Die Rechten erklärten, daß sie sich von dem Parteivorstand getrennt haben und sich nicht an der Beratung des Landtages beteiligen werden. Die Rechten erklären, daß sie sich von dem Parteivorstand getrennt haben und sich nicht an der Beratung des Landtages beteiligen werden.

Die SPD-Arbeiter in Sachsen müssen einsehen, daß sie auch von dem Parteivorstand getrennt werden. Sie können ihre Rechte nur durchsetzen, wenn sie auch dem Vorstand gegenüber die richtigen Mittel in Anwendung bringen. Wir haben den